

Auf einen Blick

Pilotprojekt „Gründerpatenschaften“ unterstützt die unternehmerische Selbständigkeit von Flüchtlingen



Anfang November 2016 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) den Startschuss für das Pilotprojekt „Gründerpatenschaften“ gegeben. Ziel des Projektes ist es, die unternehmerischen Potenziale von Flüchtlingen zu aktivieren und ihnen die Selbständigkeit als berufliche Perspektive aufzuzeigen. Gleichzeitig soll der Aufbau einer nachhaltigen Zusammenarbeit zwischen Akteuren, die sich für die Integration von Flüchtlingen engagieren, wie öffentlicher Verwaltung, Kammern und Unternehmensverbänden, gefördert werden.

Potenziale für Existenzgründungen unter Migranten hoch

Bereits heute gründen Menschen ausländischer Herkunft etwa jedes fünfte Unternehmen in Deutschland. Entsprechende Rollenvorbilder und eine ausgeprägte Selbständigkeitskultur in den Herkunftsländern sind Treiber einer höheren Gründungsneigung bei Migrantinnen und Migran-

ten im Vergleich zu Deutschen. Auch unter den jüngst angekommenen Flüchtlingen sind viele, die bereits in ihrem Heimatland selbständig waren und dies gern fortsetzen würden. Die Selbständigkeit kann daher für geflüchtete Personen ein geeigneter Weg zur Integration in den Arbeitsmarkt sein.

„Gründerpaten“ unterstützen den Gründungsprozess

Aufgrund sprachlicher Barrieren sowie fehlender Kenntnisse der hiesigen Abläufe und Strukturen stehen gründungswillige geflüchtete Personen jedoch vor besonderen Herausforderungen, wenn es um den Aufbau eines eigenen Unternehmens in Deutschland geht. Damit diese Faktoren sie nicht von einer Existenzgründung oder der Übernahme eines Unternehmens abhalten, benötigen Flüchtlinge gezielte Unterstützung bzw. Begleitung im Gründungsprozess.

Erfahrene Unternehmerinnen und Unternehmer können hier einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie ihr Wissen weitergeben, Netzwerke eröffnen und als persönlicher Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Mit dem Pilotprojekt möchte das BMWi sie als „Gründerpaten“ für Flüchtlinge gewinnen, die an der Umsetzung ihrer Ideen arbeiten und Unterstützung bei der Gestaltung ihrer Selbständigkeit benötigen.

Die „Gründerpatenschaften“ können unterschiedlich ausgestaltet werden: Hospitationen und Mentoring sind ebenso möglich wie Team-/Tandemgründungen oder eine Unternehmensnachfolge. Bei der Umsetzung des Projektes soll eng mit bereits etablierten Netzwerken und regionalen Akteuren zusammengearbeitet werden, um eine hohe Reichweite zu erzielen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Dies gilt zum Beispiel bei der Ansprache von Flüchtlingen und „Gründerpaten“ sowie in Bezug auf begleitende Informations- und Beratungsangebote.

Projektstart im Frühjahr 2017

Interessierte Organisationen können sich bis zum 7. Dezember 2016 um die Durchführung des Pilotprojektes bewerben.¹ Nach erfolgreicher Auswahl ist der Projektstart im Frühjahr 2017 geplant. Projektende ist Ende 2018. Durchführungsort für das Pilotprojekt ist die Region Berlin-Brandenburg. Auf Basis der Projektergebnisse werden im Anschluss Handlungsempfehlungen für eine bundesweite Umsetzung abgeleitet.

Das Pilotprojekt ist Teil der Initiative „Die Neue Gründerzeit“ des BMWi zur Stärkung der Gründungskultur und Gründungsbereitschaft.²

Kontakt: Theresa Reintjes
Referat: Unternehmensgründung, Finanzierungs- und Förderberatung

Zukunftsperspektiven der europäischen chemischen Industrie – die „7+7“-Initiative auf Brüsseler Parkett



Unter der Überschrift „Safeguarding the future of the Chemical Industry“ hatte die „7+7“-Initiative am 14. November 2016 interessierte Kreise in die Ständige Vertretung der Niederlande in Brüssel geladen, um gemeinsam Zukunftsperspektiven der europäischen chemischen Industrie zu

diskutieren und mögliche Handlungsfelder zu identifizieren. Dabei ging es insbesondere darum, Lösungsansätze zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie in Europa zu erarbeiten.

1 Die entsprechende Förderbekanntmachung finden Sie hier: www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/F/foerderbekanntmachung-gruenderpatenschaften,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

2 Alle Informationen zur Initiative finden Sie unter: www.bmwi.de/DE/Themen/Mittelstand/Gruendungen-und-Unternehmensnachfolge/die-neue-gruenderzeit.html

Wer sind die „7+7“?

Die „7+7“-Initiative wurde 2013 als Think Tank, Motivator und konkreter Ideengeber für Politik und Industrie ins Leben gerufen. Sie besteht aus sieben europäischen Chemieverbänden und sieben Wirtschaftsministerien aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Spanien. Für Deutschland bringen sich der Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aktiv in dieses Gremium ein.

Worauf liegt der Fokus bei „7+7“?

Ziel der „7+7“-Initiative ist, sich vereint für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie einzusetzen. Die Gruppe trifft sich etwa zweimal jährlich, um auf der Basis eines gemeinsam entwickelten „Vision Papers“ Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten auf Industrie- und Politikseite zu diskutieren. Sie beschäftigt sich mit aktuellen Themen wie beispielsweise europäischen Gesetzesvorhaben, den Auswirkungen der Globalisierung auf die europäische chemische Industrie sowie zukünftigen Marktchancen. Dies sind Bereiche, die für die weitere Entwicklung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemiebranche von großer Bedeutung sind.

Die „7+7“-Konferenz am 14. November 2016 in Brüssel

Wesentliches Ziel der „7+7“-Konferenz am 14. November 2016 war es, die von der „7+7“-Gruppe identifizierten Zukunftsthemen der chemischen Industrie vorzustellen und bereits erste, konkrete Empfehlungen für mögliche industriepolitische Schlussfolgerungen des Wettbewerbsfähigkeitsrates unter maltesischer EU-Ratspräsidentschaft anzuregen. Schwerpunkte waren die Themen Energiepolitik, bezahlbare Energiekosten für energieintensive Industrien, CO₂-Reduzierung, Emissionshandel, Steigerung der Innovationstätigkeit in Europa und die Europäische Chemikalienregulierung.

Die von der „7+7“-Initiative vorgestellten Empfehlungen zu den Handlungsfeldern Energie, Innovation und Chemikalienregulierung wurden intensiv diskutiert und die Initiative von allen Beteiligten als konstruktive Dialogplattform zwischen Politik und Industrie begrüßt. Die Gruppe fordert insbesondere, die Rolle der chemischen Industrie in Europa durch eine vereinfachte und planbarere Ausgestaltung des europäischen Chemikalienrechts aufzuwerten. Dies würde, darin waren sich alle Beteiligten einig, zu größerer Planungssicherheit für Unternehmen und zur Steigerung von Investitionen führen und damit die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die dazu notwendigen Maßnahmen und Instrumente sollen in der weiteren Arbeit der Gruppe ermittelt werden.

Die Mit-Initiatorenschaft der Niederlande, die bis Mitte 2017 zusammen mit der Slowakei und Malta die Dreier-Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Union innehaben, verspricht, dass die Inhalte in das kommende Jahr weitergetragen werden.

Mit dieser Konferenz hat sich die Initiative erstmals vor breitem Publikum auf dem Brüsseler Parkett vorgestellt und dabei deutlich gemacht, dass sie sich als Dialogplattform aktiv in industriepolitische Prozesse auf europäischer Ebene einbringen will. Die Konferenz ist auf großes Interesse gestoßen: Neben Repräsentanten der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates und der Mitgliedstaaten war auch die Chemieindustrie stark vertreten. Das Fazit der Konferenz lautet: „Wir machen in diesem Format weiter.“

Kontakt: Brigitte Irsfeld

Referat: Chemische und Pharmazeutische Industrie

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Dezember 2016	
02.12.	TTE-Rat (Telekommunikation)
05.12	TTE-Rat (Energie) und Eurogruppe
06.12.	ECOFIN; Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
12.12.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.12.	Europäischer Rat
Ende Dezember 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Januar 2017	
06.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
09.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
12.01.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
23./24.01.	Eurogruppe und ECOFIN
Ende Januar 2017	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Februar 2017	
06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
13.02.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
20.02.	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie)
20./21.02.	Eurogruppe und ECOFIN
27.02.	TTE-Rat (Energie)
Ende Februar 2017	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html

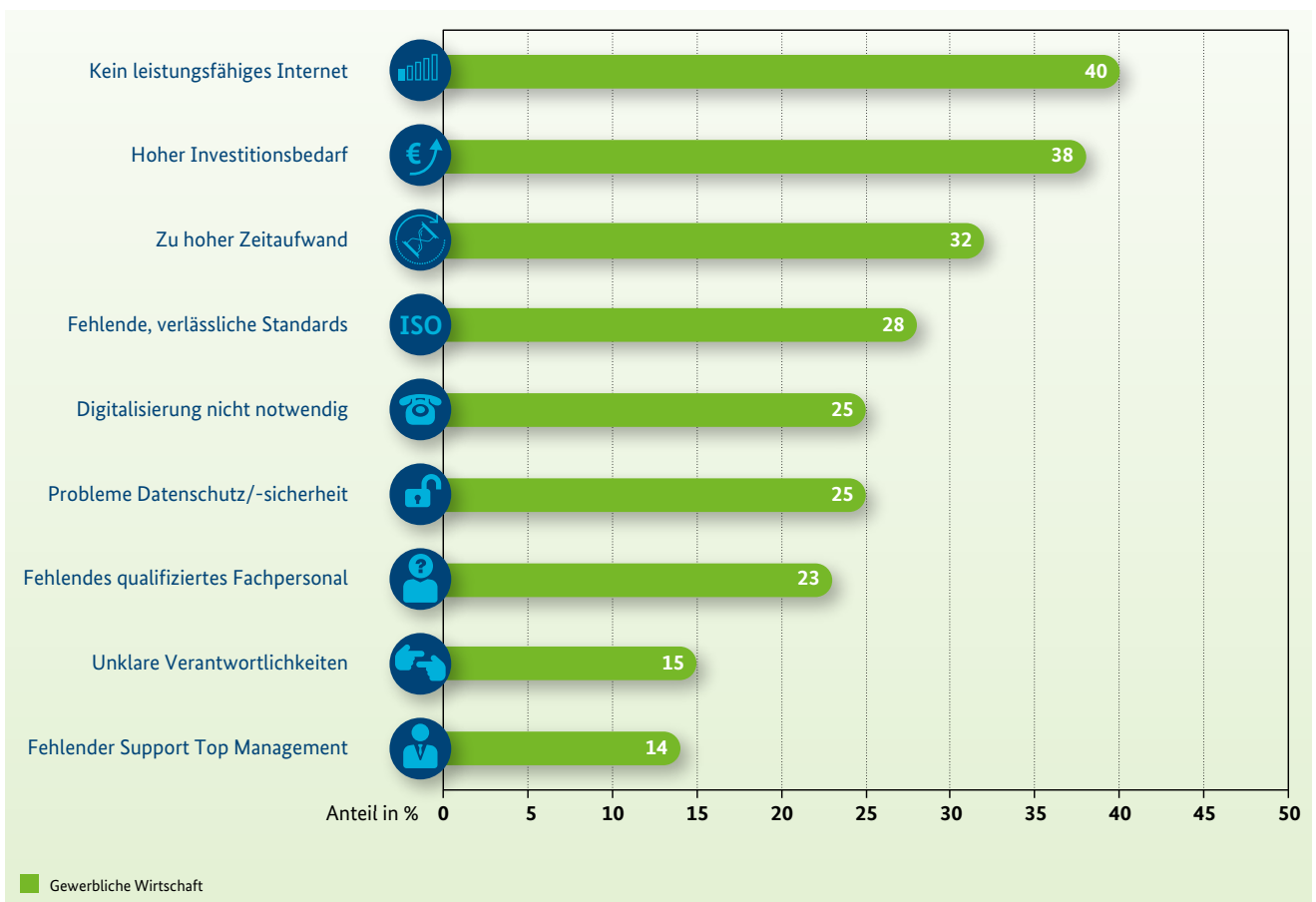


Grafik des Monats

Die Digitalisierung ...

... schreitet nach dem aktuellen Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL gut voran. Die Umfragen unter Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zeigen aber, dass noch eine Reihe von Hemmnissen die erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung in vielen Unternehmen verzögert. So werden beispielsweise kein leistungsfähiges Internet, die Themen Datenschutz und -sicherheit, fehlendes Fachpersonal oder verlässliche Standards benannt. Dies bestätigt uns darin, dass wir mit der Digitalen Strategie 2025 richtig liegen. Wir haben uns zum Beispiel das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 ein Gigabit-Glasfasernetz aufzubauen, die Datensicherheit zu stärken, Datensouveränität zu entwickeln und die Standardisierung im Bereich Industrie 4.0 voranzubringen. Ein wichtiges Themenfeld ist auch die digitale Bildung, die in diesem Jahr ein Schwerpunkt des Nationalen IT-Gipfels in Saarbrücken war.

Digitalisierungshemmnisse für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft



* Erläuterung: Repräsentative Unternehmensbefragung von TNS Infratest: „Digitalisierung in der deutschen Wirtschaft 2016“, n = 924. Jeweils nur Nennungen zur Kategorie „Trifft voll und ganz zu“/ „Trifft eher zu“ auf die Frage: „Wo sehen Sie momentan die Hinderungsgründe für die erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung in Ihrem Unternehmen?“, Angaben in Prozent.

Quelle: Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2016